№ 6. 1851.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dinstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeile 6 pf.

Görlitz, Dinstag den 14. Januar 1851.

Die Dresdener Conferenzen.

Dresden, 8. Jan. Heute Mittag 12 Uhr ist, wie uns bekannt geworden, die dritte von der Ministerialconferenz niedergesetzte Commission im Brühl'schen Palais zum ersten Male zusammengetreten. Theil an derselben nehmen Oesterreich, Preußen, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Sachsen-Koburg, Hamburg, Oldenburg und das den Vorsitz führende Baiern. Aufgabe derselben sind die materiellen Interessen: Handel, Zoll, Schifffahrt und Verkehrsmittel. Die zweite Commission hielt gestern ihre dritte Sitzung. Dem Vernehmen nach sind auch von Baiern und Sachsen zwei vielfach übereinstimmende Denkschriften, die materiellen Interessen betreffend, bei der Conferenz übergeben worden. Der Reihe der Hoffestlichkeiten schließt sich heute Abend ein großer Hofball an.

Dresden, 10. Jan. Die Organe der preußischen Regierung haben verkündet, wie bedeutungsvoll die Siege sind, die Preußen in Olmütz errungen. Die Reihe dieser Siege ist noch nicht geschlossen und in Dresden stehen der Monarchie des großen Friedrich neue Triumphe ähnlichen Schlages bevor.

Die freien Conferenzen sind eine Sackgasse für die preußische Politik. Nur durch eine vollständige aufrichtige und wahrhafte Aenderung des Regierungssystems wird es Preußen gelingen, sich aus derselben herauszuretten; für eine solche Systemsänderung ist aber durchaus keine Aussicht vorhanden, so lange nicht die unausweichliche Nothwendigkeit derselben entweder die höchsten Kreise der Regierung Preußens oder alle Schichten des preußischen Volkes, des Heeres und der Bureaukratie durchdrungen hat. Man würde sich Illusionen machen, wollte man glauben, daß diese Einsicht sobald gewonnen werden wird.

In der Sitzung der ersten Commission sind verschiedene Pläne über die künftige Gestaltung der Dinge mitgetheilt worden. Die Commission stimmt nicht ab. Alle Pläne jedoch, welche von verschiedenen Seiten vorgebracht wurden, wurden sehr energisch bekämpft und die Sitzung der Commission blieb erfolglos.

Preußen sträubt sich gegen die beiden bereits mitgetheilten Vorschläge, welche von österreichischer Seite vorgelegt sind und darauf hinaus laufen, die Macht der Mittelstaaten zu erhöhen und den mächtigeren Kleinstaaten — den Großherzogthümern — noch einen gewissen Einfluß als Schiedsrichter bei Streitigkeiten einzuräumen. Auf dem Boden, auf welchen Preußen nunmehr zurückgedrängt ist, fehlt ihm Kraft, Muth, Wille und Befähigung, sich dem zu widersetzen, was Oesterreich ernstlich will. Es wird ihm also nichts anderes übrig bleiben, als eine von den Organisationen anzunehmen, welche Oesterreich beliebt oder zu dem Bundestag und der ihm in demselben angewiesenen secundären Stellung zurückzugehen.

Oesterreich hat die unzweifelhafte (?) Absicht merken lassen, die nicht-großherzoglichen Kleinstaaten, welche sämmtlich als Bundesgenossen Preußens erschienen sind, zu mediatisiren und mit größeren Gebieten zu verschmelzen.

Oesterreich stellt die politische Frage jetzt mehr in den Hintergrund. Die Zoll- und Handelseinigung soll mit Ernst und Kraft betrieben werden. Wenn es gelingt, den Zollverein zu lösen, so ist damit eine neue Stütze des preußischen Einflusses in Deutschland geschwunden.

Oesterreich macht zugleich den Vorschlag eines neuen Systems der Steuererhebung. Auf indirecte Steuern soll das Freisystem der deutschen Staaten gestützt werden. Durch die Annahme derselben ergeben sich für das herrschende Regierungssystem mannigfache Vortheile. Das Tabaksmonopol und andere große Staatsmonopole sollen in ganz Deutschland eingeführt werden.

Dresden, 10. Jan. Heute Mittag 1 Uhr ist die dritte Plenarversammlung der Minister-Conferenz im Brühl'schen Palais zusammengetreten. — Die dritte Commission der Conferenz, mit der Wahrnehmung der materiellen Interessen beauftragt, wird dem Vernehmen nach am 22. Jan. ihre nächste Sitzung halten. Es wird nämlich auf deßhalb an die resp. Regierungen ergangene Einladungen, Sachverständige zu diesen Verhandlungen anher abzuordnen, die Ankunft von solchen bis dahin erwartet.

— Als Sitz der neuen Bundescentralgewalt soll — wie man sich hier erzählt — eine Stadt des mittlern Deutschlands auserwählt werden, nachdem sich Frankfurt a. M. sowohl seiner geographischen Lage als auch seiner politischen Umgebung und Einflüsse wegen als ungeeignet erwiesen hat.

Dresden, 11. Jan. Der Ministerpräsident v. Manteuffel conferirte heute wiederholt mit dem Fürsten Schwarzenberg und wird morgen nach Berlin zurückkehren. Von hergestellter Einigung verlautet nichts.

Das nach Holstein bestimmte österreichische Truppencorps wird ansehnliche Verstärkung erhalten.

Dresden, 11. Jan. Heute war wieder die erste Commission der Ministerialconferenz und zwar zum ersten Male unter persönlicher Theilnahme des königlich preußischen Ministerpräsidenten Frhrn. v. Manteuffel versammelt.

— Das Dr. J. veröffentlicht die (vom 1. Jan. datirte) Denkschrift der königlich sächsischen Regierung, die wünschenswerthe Berücksichtigung der materiellen, besonders der Zoll- und Handelsfragen bei der Dresdener Conferenz sämmtlicher deutschen Regierungen betreffend. Es heißt darin:

Die Conferenz möge beschließen, an die Stelle von Artikel XIX der Bundesacte und Artikel LXIV der Wiener Schlußacte Bestimmungen eines präcisern und etwa folgenden Inhalt zu setzen: „Sämmtliche deutsche Regierungen machen sich verbindlich, die endliche vollständige Vereinigung aller deutschen Staaten zu einem Zoll- und Handelsgebiete mit gleicher Gesetzgebung in Zoll- und Handelssachen, übereinstimmenden Einrichtungen sämmtlicher Verkehrsinstitute und völlig freiem innerm Verkehr auf dem Wege der Ausbildung und gegenseitigen Annäherung der bereits bestehenden Vereinigungen zu solchen Zwecken unabläßig anzustreben. Zu diesem Behufe sollen baldmöglichst Bevollmächtigte zusammentreten, um in der auf den gegenwärtigen Conferenzen festzustellenden Weise Bestimmungen zu ermitteln und festzusetzen: über Annäherung der Tarife, über möglichst gleiche Zollorganisation, über gegenseitige Verwaltungscontrolle und Beschaffung der Unterlagen zu spätern Vereinigungsverträgen, über möglichste Erleichterung des Transitverkehrs, über den Flußverkehr, über völlige Freiheit des gegenseitigen Verkehrs mit Rohstoffen und allen in sämmtlichen Tarifen freierklärten Artikeln, über Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs mit Manufacten, auch über den Grenz- und Veredlungsverkehr hinaus, so weit dies der dermalige Zustand der Production gestattet, endlich über Bildung einer gemeinschaftlichen ständigen Commission der zu Beseitigung aller einzelnen, jetzt oder später sich darstellenden Hindernisse völliger Vereinigung zu treffenden Veranstaltungen und zu Herstellung der Einheit in der die allgemeinen Verhältnisse des Handels, des Verkehrs und der Production betreffenden Gesetzgebung (z. B. Handelsgesetzbuch; Münzen, Maße und Gewichte; Patente; Musterschutz rc.)

Deutschland.

Berlin, 10. Jan. Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident hat sich heute früh 9 Uhr nach Dresden begeben, und wird von dorther spätestens Sonntag Mittags wieder nach Berlin zurückkehren.

— Wir haben schon früher gemeldet, daß die im vorigen Jahre in Kassel begonnene Zollconferenz in Wiesbaden und zwar vom 15. d. M. ab fortgesetzt werden wird. Braunschweig hat sich bekanntlich wiederholt und mit Bestimmtheit geweigert, der vorgeschlagenen Erhöhung der Garnzölle seine Zustimmung zu geben, und da Tarifänderungen nur durch einen einstimmigen Beschluß aller Zollvereinsstaaten zu Stande kommen können, so dürfte jene Erhöhung auf der Zollconferenz nicht weiter in Frage kommen. Es würde auf derselben daher, außer den Zollverwaltungs-Gegenständen, nur noch über die Anträge auf Zollbefreiung der Fabrikmaterialien, auf Ermäßigung der Durchgangszölle und auf Aenderungen in den Zollsätzen für Gewebe Beschluß zu fassen sein. Erhebliche Aenderungen der letzten Art sollen indeß, nach den darüber bereits stattgefundenen Verhandlungen, kaum zu erwarten sein.

Berlin, 11. Jan. Zweite Kammer. Auf der heutigen Tagesordnung stand ein dringlicher Antrag, dahin gehend, in der Geschäftsordnung festzustellen, daß die in der einen Session unerledigt gebliebenen Gesetzvorschläge, Anträge und Petitionen beim Beginn der neuen Session ohne weitere Veranlassung wieder aufgenommen und den entsprechenden Commissionen sofort wieder zugewiesen werden sollen. Die Commission hatte die Dringlichkeit des Antrags zwar anerkannt, dem Antrage jedoch nicht beigestimmt, vielmehr folgenden Zusatz zum §. 22 der Geschäftsordnung vorgeschlagen: Gesetzvorschläge, Anträge und Petitionen sind mit dem Ablaufe der Sitzungsperiode, in welcher sie eingebracht und noch nicht zur Beschlußnahme gediehen sind, für erledigt zu erachten. Bei der Abstimmung wird der Antrag der Commission angenommen.

— Gestern wurde der hiesigen Garnison beim Appell unter Anderm Folgendes bekannt gemacht: 1) Befehl des Obercommandos in den Marken: Die Truppentheile der Garnison werden hierdurch aufmerksam gemacht, ihre Appells nicht mehr auf den Bürgersteigen abzuhalten. 2) Befehl des Kriegsministeriums: Es dürfen von jetzt ab begründete Reclamationen der Truppen in der Armee berücksichtigt werden.

Berlin, 11. Jan. Gestern Morgen haben Se. Maj. der König, ungeachtet Allerhöchstdieselben von dem Podagra-Anfall noch nicht völlig wieder hergestellt sind, mit dem Zuge um 8 Uhr sich nach Potsdam begeben, um mehrere Truppen-Abtheilungen des 3. Armeecorps zu besichtigen. In Sr. Majestät Begleitung waren sämmtliche in Berlin anwesende Prinzen des Königlichen Hauses.

— Aus Inowraclaw schreibt man, daß längs der Grenze alle Ortschaften in Polen mit russischen Truppen besetzt seien und das Hauptquartier sich in Zakrzewo befinde. Die Ursache dieser Grenzbesetzung dürfte die jetzt wieder in Polen stattfindende starke Rekrutirung sein.

Trier, 8. Januar. Der hiesige Assisenhof hat in seiner gestrigen Sitzung den ehemaligen Reichtagsabgeordneten L. Simon wegen Hochverraths in contumaciam zum Tode verurtheilt.

Sachsen. Bekanntmachung, die alsbaldige Eröffnung der neuen 4½procentigen Staatsanleihe betreffend. Das Finanzministerium bringt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß, sobald die wegen der neuen 4½proc. Staatsanleihe zu treffenden Vorbereitungen beendigt sind, alsdann die zur nähern Ausführung des Gesetzes vom 10. d. M. erforderliche Bekanntmachung über die Bedingungen und Bestimmungen, unter welchen zur Eröffnung jener Anleihe zu verschreiten, unverweilt und zwar wahrscheinlich noch vor Ablauf jetzigen Monats erlassen werden kann und soll. Inmittels wird Denjenigen, die sich dabei zu betheiligen wünschen, freigestellt, die anzulegenden Capitalien einstweilen in bisheriger Weise als Handdarlehne einzuzahlen, indem den Handdarlehnsgläubigern in Beziehung auf die zu emittirenden 4½proc. Staatsschuldenkassenscheine bis zu einer noch zu bestimmenden Frist die nämlichen Vortheile gesichert bleiben, welche den Abnehmern aus freier Hand sich darbieten werden. Dresden, 11. Januar 1851. Finanz-Ministerium. Behr.

Dieser Bekanntmachung folgt das vom 10. Jan. datirte Gesetz, die Eröffnung dieser Anleihe betreffend, dessen §. 1. lautet: „Es soll eine vier und ein halbes Procent Zinsen tragende Staatsanleihe bis zur Höhe von Funfzehn Millionen Thalern in neuen, auf den Inhaber lautenden Staatsschulden-Kassenscheinen, die bei dem Landtagsausschusse zu Verwaltung der Staatsschulden zur einen Hälfte in Abschnitten Serie I. zu 500, zur andern in dergleichen Serie II. zu 200 Thlrn. nebst bezüglichen Talons und Zinsencoupons auszufertigen sind, eröffnet werden."

— Eine im außerordentlichen Budget unter Pos. 7. postulirte Summe von 170,000 Thlrn. wird meist zur Anschaffung von einer Anzahl Spitzkugelgewehren verwendet werden, da die Gleichstellung mit der Bewaffnung anderer Armeen deren Einführung auch bei unsern Truppen unerläßlich macht.

Leipzig, 8. Jan. Eine Bekanntmachung des Finanz-Ministeriums vom 7. Januar ordnet die einstweilige Annahme österreichischer Zwanzigkreuzerstücke bei den Staatskassen innerhalb der Hauptzollamtsbezirke an der böhmischen Grenze an. Letztere haben jedoch sich der Wiederausgabe dieser Münzsorte schlechterdings zu enthalten, vielmehr dieselbe ausschließlich an die Finanz-Centralkasse auf einzusendende Ueberschußgelder zur Ablieferung zu bringen.

Schwerin, 10. Jan. Heute starb der Herzog Gustav zu Mecklenburg-Schwerin. Derselbe, am 31. Januar 1781 geboren, war der Vater des jetzt regierenden Großherzogs und seit längerer Zeit leidend.

Kassel, 3. Jan. (Aus einem Privatbriefe.) Man hat es höheren Orts für gut befunden, vier Grade von Menschenquälerei einzurichten und zu benamsen. — Der erste Grad heißt Einquartierung, welche Ehre ein Jeder genießt; der zweite Grad heißt Bequartierung. Diesen Vorzug genießen alle Solche, welche sich irgend einer Mißliebigkeit gegen die jetzt bestehende Ordnung schuldig gemacht haben; es ist das eine Strafe, die z. B. alle Beamte, die keine Stempel verwendet haben, Ständemitglieder, Ausschußmitglieder, Stadträthe, Zeitungsredacteure, Bürgermeister, Banquiers, die Gelder für die Offiziere angenommen haben, Bürger-Vereinsmitglieder und alle solche Personen trifft, deren Physiognomie z. E. unserm vormärzlichen, jetzt herrschenden Scheffer nicht gefällt. Die Bequartierungen gehen von 10 bis 50 Mann. Der dritte Grad heißt Execution: das eigentliche Zwangs- oder Erpressungssystem, das nur bei renitent bleibenden Beamten, z. B. bei allen Stadträthen u. s. w. angewendet wird, um sie zu ihrer Pflicht zurückzuführen. Der vierte Grad endlich heißt Assistenz, die dann angewandt wird, wenn Jemand sich über die ihm zugedachte Ehre der Bequartierung oder Execution beklagt oder gar derselben sich widersetzt. Hat nun ein Solcher z. B. 20 Mann erhalten, so bekommt er als Strafe noch einmal 20 Mann Assistenz. Bei dem Hauptmann v. U..... war dieses z. B. der Fall: bei demselben meldeten sich 50 Mann Bequartierung; als er die Unmöglichkeit darstellte, so viel Mannschaften zu beherbergen, erhielt er zur Strafe für solche Kühnheit noch 50 Mann. — Die Executionsmannschaften erhalten außer guter Beköstigung per Mann täglich 4 Sgr., Unteroffiziere 8 Sgr., Offiziere 16 Sgr. von dem Beexecutirten. Dies sind so die allgemeinen Umrisse des Bildes.

[D. R.-Z.]

Kassel, 9. Jan. Mit der heute erfolgten Erklärung des Stadtraths, daß er sich den Septemberverordnungen unterwerfe, hat jeder Widerstand in Kurhessen aufgehört und dürfte somit die Thätigkeit der Commissarien ihr Ende erreicht haben. Wir glauben, daß die Regierung Klugheit genug besitzen wird, um den errungenen Sieg in einer Weise zu benutzen, wie es einer Regierung, welche für die Wohlfahrt des Landes streben muß, ziemt.

Kassel, 10. Jan. Es ist Ruhe eingetreten; hoffen wir, daß sie erhalten wird. Die Waffen sind sämmtlich jetzt abgeliefert. Von Privatwaffen wurden nur die Gewehre der Mitglieder der Bürgerwehr, einschließlich der Offizierssäbel, verlangt. Ein großer Theil der Privatwaffen war zwar schon vor dem Einrücken der Baiern in's Ausland geschafft, man begnügte sich jedoch auch mit einem Nachweis darüber, und in manchen Fällen wurde derselbe gar nicht einmal verlangt. Ob wir es unserer Regierung oder dem Grafen Leiningen zu verdanken haben, weiß ich nicht, genug die Execution und die außerordentlichen Bequartierungen haben seit gestern aufgehört. Die Zurücknahme des Zeitungsverbots hat der Generallieutenant v. Peucker, dem Kassel sehr Vieles zu verdanken hat, veranlaßt. Die Versetzungen sind zum Theil endlich erfolgt.

Lübeck, 8. Januar. Die Stimmung in Holstein ist entschlossen, erbittert, verzweifelt. Erst vor wenigen Tagen schrieb mir ein höherer Regierungsbeamter darüber Folgendes: „Was soll aus uns armen Leuten werden? Das neue Jahr fängt trübe für uns an und es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß wir, gleich Hessen, so lange werden gemaßregelt werden, bis wir Alles über uns ergehen lassen. Es fehlen mir in der That die Worte, um meinem Ingrimm und meiner Indignation Luft zu machen. In Wahrheit, es ist jetzt soweit gekommen, daß man wünschen möchte, lieber als nackter Wilder in den Urwäldern herumzulaufen, als allen diesen Jammer des alten Europa mit durchzumachen, der, wenn nicht Alles trügt, noch viel schlimmer werden wird."

Kiel, 11. Jan. Die Landesversammlung hat gestern in geheimer Sitzung, die bis heute Morgen 5½ Uhr dauerte, mit 42 gegen 26 Stimmen beschlossen, die Regierung zur Annahme der Commission zu ermächtigen, doch nur unter der Bedingung, daß Rendsburg und Friedrichsort von schleswig-holsteinischen Truppen besetzt bleiben.

— Aus Kiel berichtet die schleswig-holsteinische Wehrzeitung: Am 5. Januar hat unser geistlicher Nestor, Dr. Harms, wieder die Kanzel bestiegen und in einem jugendlich frischen Vortrage seinem sehr zahlreichen Auditorium nach Kräften Trost gespendet und zum muthigen Ausharren in schwerer Zeit ermuntert.

Die Schleswig-Holsteinische Wehrzeitung läßt sich von Kiel unterm 9. Jan. schreiben: Man soll sich vorläufig über folgende Punkte geeinigt haben: Die Armee wird reducirt, aber nicht aufgelöst, und besetzt Holstein, natürlich einschließlich Rendsburgs; die dänischen Truppen räumen das Herzogthum Schleswig; die dortigen entlassenen Beamten werden wieder eingesetzt; alles diesseitige Kriegsmaterial verbleibt bis weiter Holstein; österreichische oder andere Executionstruppen werden alsdann nicht hierher verlegt werden. Ferner schreibt das eben genannte Blatt unterm gestrigen Datum: Gewöhnlich gut unterrichtete Männer äußern sich über das Resultat der Verhandlungen in Kiel, daß sowohl unsere als die dänische Armee sich aus dem südlichen Schleswig zurückziehen, die Statthalterschaft bis weiter die Regierung über diesen Theil des Herzogthums resp. be- und wieder erhalten werde und meinen, daß die Commissare schon heute oder morgen nach Hamburg und demnächst von da nach Kopenhagen abgehen.

Hamburg, 11. Jan. Der frühere dänische Minister des Auswärtigen, Reventlow-Criminil, welcher mit den österreichischen und preußischen Commissairen für Dänemark die Regierung von Holstein antreten wird, befindet sich bereits hier.

— Nachdem Beseler abgegangen, hat zwischen den Commissarien und Reventlow eine Einigung stattgefunden. Beide Commissarien sind bereits hier eingetroffen. Die Landesversammlung ist noch nicht auseinandergegangen; es sind jedoch mehrere Abgeordnete mit dem Abendzuge hier angekommen. Es heißt, der Marsch der Oesterreicher solle sofort sistirt werden. Rendsburg soll für's Erste von schleswig-holstein'schen Truppen besetzt bleiben.

Oesterreichische Länder.

Wien, 9. Jan. Die Bankdirection hat ihre Demission gegeben.

Wien, 9. Jan. Der Adjutant Sr. Majestät des Kaisers, Rittmeister v. Dorner, hat gestern eine dienstliche Reise nach Dresden angetreten.

Prag, 7. Januar. Heute Vormittags wurden abermals dreiundzwanzig der Maigefangenen ihr Urtheil verkündigt. Ein großer Theil derselben gehörte der böhmisch-mährischen Brüderschaft an.

Krakau, 6. Jan. In einigen Tagen, d. i. am 13. d. M. wird die neue Zollordnung auf der ganzen Grenzlinie des Königreichs Polen eingeführt werden; die Folgen, welche daraus für diesen wichtigen Theil unseres Vaterlandes resultiren müssen, lassen sich gar nicht absehen. Wird das arme und kleine, überdies noch mit großen Steuern belastete Königreich Polen, dessen Einwohner im Allgemeinen nur wenig Sinn für Handel und Industrie haben, mit dem ungeheuren Kaiserreiche, das verhältnißmäßig nur gering besteuert ist, sich einer sehr wohlfeilen, beinahe unerschöpflichen Bodenproduction erfreut, und dessen Bevölkerung für den Handel vorzugsweise befähigt ist, Hand in Hand gehen können, ohne von russischen Producten und Fabrikaten überfluthet und erdrückt zu werden? Die Zeit wird uns hierüber belehren, vor der Hand müssen wir jedoch bemerken, daß mit der Aufhebung der Zolllinie zwischen dem Königreiche Polen und dem russischen Kaiserreiche nicht auch zugleich die Aufhebung der Grenzlinie verstanden ist, daß daher die Communication der Personen zwischen dem Königreiche und zwischen Litthauen, Volhynien und Podolien eben so erschwert, wie bis jetzt und vor, manchmal sehr schwer zu erlangenden Reisepässen abhängig bleibt.

— Von der russischen Grenze wird berichtet, daß die sämmtlichen dort dislocirt gewesenen Truppen in Marsch gesetzt werden und sich dem Anscheine nach in das Innere des Landes zurückziehen.

Schweiz.

Basel, 9. Jan. Basel-Stadt hat sämmtliche Flüchtlinge aus dem Canton verwiesen.

Italien.

Genua, 6. Jan. Sowohl die Municipalität als das Militaircommando haben energische Proclame zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe erlassen.

Frankreich.

Paris, 9. Jan. Der parlamentarische und der conservative Klub delegirte 6 Mitglieder zu gegenseitiger Berathung. Die Montagne beschließt, Changarnier nicht zu untestützen. — Das Tribunal wiederholte den Verhaftsbefehl Mauguin. — Die Legislative beschloß die Dringlichkeit des Antrags, daß für Verhaftung eines Repräsentanten im Schuldarrest die Autorisation der Legislativen nachgesucht werden müsse.

Paris, 10. Jan. Der heutige „Moniteur" enthält die Ernennung des neuen Ministeriums: Baroche, Rouher, Parieu Fould behalten ihre frühere Stellung; Aeußeres: Drouyn de l'Huys; Krieg: General Regnaud de Saint Jean d'Angely; Marine: Ducos. — Der „Moniteur" meldet zugleich die Absetzung Changarnier's; sein Commando ist an Baraguay d'Hilliers übertragen worden. — Die Sitzung der Nationalversammlung, in welcher sämmtliche Minister anwesend waren, hatte einen sehr stürmischen Charakter. Der Antrag Remusat's, die Versammlung möge sich in die Bureaux zurückziehen und eine Commission zur Berathung der nöthigen Maßregeln zum Schutze der Nationalversammlung erneunen, wurde mit 330 gegen 276 Stimmen angenommen und sogleich ausgeführt. Der Minister Baroche sprach vergeblich dagegen, obschon er Achtung der Constitution und der Nationalversammlung versprach. — Es geht das Gerücht, Dupin werde seine Demission geben und Changarnier zum Präsidenten gewählt werden. Paris ist ruhig.

Spanien.

Während Deutschland sich eines der mildesten Winter erfreut (man erinnert in dieser Beziehung an einen ähnlichen im Jahre 1789), hört man aus Spanien, daß dort fortwährend ungewöhnliche Kälte herrsche. So stand in Madrid am 28. Dec. früh das Thermometer auf 4 Grad unter 0. In den Gebirgen Guadarrama und Somosierra war der Schnee in solchen Massen gefallen, daß die Wege kaum zu passiren waren.

Amerika.

Neu-York, 21. Dec. Die Thätigkeit im hiesigen Hafen ist im Laufe dieses Jahres noch nicht so groß gewesen, als eben jetzt. Unglaublich ist aber auch das Gedeihen der Stadt selbst, welche nach den offiziellen Aufnahmen jetzt 517,849 Einwohner zählt, mit einem Vermögen von wenigstens 256 Millionen Dollars, während sie im Jahre 1800 nur 60,489 Seelen hatte, mit einem Vermögen von 24,400,000 Dollars. Seit dem Jahre 1820 hat Neu-York angefangen, seine Nebenbuhlerin Philadelphia, das jetzt 330,000 Einwohner zählt, zu überflügeln. Ist Benton's Riesenproject der Eisenbahn nach dem stillen Meere erst vollendet, dann wird Neu-York bald eine würdige und gefährliche Nebenbuhlerin London's, der Hauptstapelplatz des Welthandels-Verkehrs werden. Das Project dieser Riesen-Verbindungsstraße des Westens mit Oregon und Californien liegt jetzt dem Congresse vor.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Druck und Verlag von G. Heinze & Comp.

Lausitzer Nachrichten.

Görlitz, 10. Jan. In dem Geschäftsjahre vom 1. December 1849 bis 30. November 1850 sind bei dem hiesigen Polizei-Gericht überhaupt 489 neue Anklagen eingereicht worden. Davon sind überhaupt durch richterliche Entscheidung 331 erledigt, und zwar durch Freisprechung, fast stets auf den Antrag des Königl. Polizei-Anwalts, 47, durch Verurtheilung aber 284. Termine wurden überhaupt circa 489 abgehalten. Vortrags-Nummern waren 907. Die erhobenen Anklagen enthielten 109 Vergehen und 261 Polizei-Uebertretungen. Zurückgewiesen mußten werden 90 und wurden an andere Behörden abgegeben 56. Zur Bearbeitung aller dieser Geschäfte wurden nur 1 richterlicher Beamter, 1 Bureaubeamter, 1 Vorsteher und 1 Assistent incl. 1 Gerichtsschreibers verwendet; außerdem mußten von diesem Beamten-Personale die eingegangenen Criminal-Fälle bewältigt werden.

Görlitz, 13. Jan. Heute rückten hier 39 Mann Ulanen der hiesigen Escadron ein, die nach Abgabe der Pferde in ihre Heimath entlassen werden. Dagegen wird uns das seither hier und in der Umgegend stationirt gewesene 2. Husaren-Regiment auf Mittwoch den 15. Januar gänzlich verlassen, um in der Umgegend von Sprottau Cantonnement zu beziehen. — Leider mußten wir nun auch noch in den letztverflossenen Tagen das traurige Schauspiel blutiger Conflicte zwischen Militair und Civil erleben, wobei sogar ganz unbescholtene, ruhige Bürger auf der Straße mit blanker Waffe

angegriffen und bedeutend verletzt wurden. Möchte doch diesen Roheiten durch energisches Einschreiten ein schnelles und sicheres Ziel gesteckt werden, damit der alte ungetrübte Friede bald wieder in unsern Mauern einziehe. — Heute Morgen 10 Uhr brannte zu Lissa die Gärtnernahrung des G. Kutter ab; schnelle Hülfe beugte weiterem Unglück vor.

Görlitz, 13. Januar. Heute früh in der sechsten Stunde wurde von hier aus ein schon bedeutender Brand nach der Gegend von Lauban zu gemeldet. X.

Anno 1850

sind in Görlitz, evangelische Parochie,

aufgeboten . . . . 213 Paare,
davon sind 128 Paare allhier,
und 83 Paare anderwärts copuliret worden.
Hieraus sind 154 Görlitzer und 6 Moyser Ehen entstanden.
Zwei aufgebotene Paare sind nicht copuliret worden.

Geboren wurden überhaupt, incl. der todtgeborenen Kinder, 675 Kinder,
nämlich in Görlitz Söhnlein 317, Töchterlein 327,
in Moys = 19, = 12,
Summa Söhnlein 336, Töchterlein 339,
worunter 74 uneheliche Kinder.

Gestorben sind in Allem . . . . 537 Personen,
nämlich aus Görlitz 519, aus Moys 18.

	Görlitz.			Moys.		
a) Nach dem Alter.	mnl.	wbl.	Sa.	mnl.	wbl.	Sa.
Todtgeboren	26	16	42	1	1	2
Vor dem 1. Lebensjahre	109	73	182	3	4	7
Nach dem 1. und vor dem 10. Jahre .	28	19	47	3	—	3
= = 10. = = = 20. = .	5	6	11	—	—	—
= = 20. = = = 30. = .	12	17	29	—	—	—
= = 30. = = = 40. = .	17	15	32	—	—	—
= = 40. = = = 50. = .	20	21	41	3	2	5
= = 50. = = = 60. = .	20	16	36	1	—	1
= = 60. = = = 70. = .	21	23	44	—	—	—
= = 70. = = = 80. = .	20	19	39	—	—	—
= = 80. = = = 90. = .	6	10	16	—	—	—
= = 90. = = = 100. = .	—	—	—	—	—	—
Summa	284	235	519	11	7	18
b) Ursachen des Todes.						
An Entkräftung und Alterschwäche . .	18	25	43	—	—	—
Durch Selbstmord	2	2	4	—	—	—
Durch Unglücksfälle	4	1	5	—	—	—
Bei der Niederkunft und im Kindbette .	—	5	5	—	—	—
An Pocken	11	8	19	—	—	—
An innern hitzigen Krankheiten . . .	42	34	76	1	—	1
An innern langwierigen Krankheiten . .	117	108	225	6	5	11
An schnelltödtlichen Krankheiten . . .	48	28	76	3	—	3
An äußern Krankheiten und Schäden .	—	1	1	—	—	—
An nicht bestimmten Krankheiten . . .	16	7	23	—	1	1
Summa	258	219	477	10	6	16

Confirmanden waren 298,
und Communicanten . . . . 7123.

Auszug aus dem Protokolle der Plenarversammlung des hiesigen Gewerberathes vom 6. Januar 1851.

Die Sitzung wurde mit einer kurzen Anrede des Vorsitzenden eröffnet.

Die hiesigen Pfefferküchler hatten es als einen Eingriff in ihre Rechte erachtet, daß der Kaufmann Elsner mit Pfefferkuchen handele. — Der Gewerberath bestimmt, daß ein förmliches Verbot des Handels mit Pfefferkuchen nicht beantragt werden könne, da die Spitz- und Pudritzkrämer diesen Artikel auf Grund ihrer Privilegien führen dürfen, beschließt indessen, den Magistrat aufzufordern, die unbedingt ungesetzliche Ankündigung eines hierzu nicht berechtigten Ausländers nicht zu genehmigen.

Von der Mittheilung des Magistrats über die Gründung einer Medaille für gewerbliche Auszeichnung wurde beschlossen, einstweilen Kenntniß zu nehmen, den weiteren Erfolg aber abzuwarten.

Der von dem Gewerberathe in Breslau abschriftlich mitgetheilten, an die Kammern gerichteten Petition um Veröffentlichung der Gewerberathssitzungen wurde nicht beigestimmt, da es dem hiesigen Gewerberathe an einem sich hierzu qualificirenden Locale gebricht.

Aus einem Rescript des Handelsministeriums wurde ersehen, daß das Dachdecken den Maurern, die auf diesen Gegenstand besonders geprüft worden, nicht untersagt werden könne, sowie, daß sich die Dachdecker der Maurer-Arbeiten, auf die sie nicht geprüft sind, zu enthalten haben.

Zugleich wurde nachträglich bemerkt, was über die Verhältnisse der einzelnen Abtheilungen des Gewerberaths zu einander, sowie über die Seitens des Gewerberaths zu erlassenden öffentlichen Anzeigen in dem Rescript enthalten ist.

Der eingesandte Entwurf für ein allgemeines Patent- und Muster-Schutzgesetz wurde vorgetragen, sowie das schriftliche Gutachten der zur Prüfung desselben ernannten Mitglieder, und beschlossen, im Sinne dieses Gutachtens der polytechnischen Gesellschaft in Berlin zu antworten und namentlich eine kürzere Zeitdauer des Patentschutzes als wünschenswerth zu bezeichnen.

Endlich stattete der Kassirer Bericht ab über die Kassenführung unter Vortragung der Rechnung mit Belägen. Die Rechnung wurde für richtig befunden und der Kassenführer mit Decharge versehen.

Thorer. Oettel. E. Geißler.

Guben. Der bisherige Superintendent Korn hierselbst ist zum Superintendenten der Diöcese Sorau ernannt worden.

In Folge der vorjährigen Preisbewerbung der Zöglinge des Königl. Gewerbe-Instituts ist dem Moritz Kniesche aus Finsterwalde für Maschinendetails die silberne Denkmünze oder der erste Preis zuerkannt worden.

In den Gr.-Dehsaer Bergen wurde unlängst ein colossaler Meeradler erlegt (aquila leucocephalus oder ossifragus). Derselbe ist ein im mittlen Alter stehendes Männchen: sein Schnabel ist schwärzlich, das Gefieder braun, auf dem Körper vom Halse an und am Schwanze mit fahlbraun und weiß gemischt und gefleckt. Er ist 7′ breit, 34″ lang, sein Schnabel mißt 3″ 6‴ und die längste Flügelfeder 18″ 3‴, sein Gewicht betrug 7½ Pfund. Von den beiden Thieren dieser Gattung, welche sich hierher verflogen hatten, wurde nur das kleinere Männchen getroffen.

Vermischtes.

Im ersten Halbjahr 1850 sind nach der Times vom 2. Dec. nicht weniger als 500 englische Kauffahrteischiffe untergegangen.

Als Eduard, König von England, Zahnschmerzen hatte, so befahl er, die Zähne der heiligen Appollonia als ein sicheres Heilmittel herbeizubringen. Da sie alle herbeigeschafft waren, so war ihre Zahl in England so beträchtlich, daß man ganze Fässer damit füllen konnte.

Bekanntmachungen.

Brot- und Semmel-Taxe vom 12. Januar 1851.

1. Brottaxe der zünftigen Bäckermeister, das 5 Sgr.-Brot
   erste Sorte 6 ℔ 24 Lth., à ℔ 9 Pf.
   zweite Sorte 8 ℔, à ℔ 8 Pf.
   Semmeltaxe derselben, für 1 Sgr. 15 Lth.
2. Brottaxe des Bäckermeister Becker, No. 425.,
   das 5 Sgr.-Brot 6 ℔ 6 Lth., à ℔ 10 Pf.
   Semmeltaxe desselben, für 1 Sgr. 14 Lth.
3. Brottaxe des Bäckermeister Neumann,
   das 5 Sgr.-Brot 6 ℔ 26 Lth., das ℔ 9 Pf.
   Semmeltaxe desselben, für 1 Sgr. 16½ Lth.

Görlitz, den 13. Januar 1851.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

[15] Nach §. 4. der Gemeindeordnung für den preußischen Staat vom 11. März 1850 ist jeder selbständige Preuße Gemeindewähler, wenn er seit einem Jahre Einwohner des Gemeindebezirks ist, das 25. Lebensjahr vollendet hat, einen eigenen Hausstand besitzt, die ihn betreffenden Gemeindeabgaben gezahlt hat, sich im Vollbesitz der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte befindet und in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten von 10,000 bis 50,000 Einwohnern ein reines jährliches Einkommen von 250 Thlrn. bezieht, wobei Einkommen und Grundbesitz der Ehefrau dem Ehemanne, Einkommen und Grundbesitz der minderjährigen, beziehungsweise der in väterlicher Gewalt befindlichen Kinder, dem Vater angerechnet werden.

Zum Zweck der Wahl des Gemeinderathes werden die Gemeindewähler nach Maaßgabe ihres Einkommens in drei Abtheilungen getheilt. (§. 11. l. c.)

Die erste Abtheilung begreift Diejenigen, welche das höchste Einkommen bis zum Belaufe eines Drittheils des Gesammteinkommens aller Gemeindewähler besitzen. Die übrigen Wähler bilden die zweite und dritte Abtheilung, die zweite reicht bis zur Hälfte des Gesammteinkommens dieser Wähler.

Zur Vorbereitung der Wahlen des Gemeinderathes der Stadt Görlitz, deren Gemeindebezirk den bisherigen Communalbezirk und die Landeskrone umfaßt, hat eine Abschätzung des reinen jährlichen Einkommens sämmtlicher Wähler durch eine eigends hierzu niedergesetzte Commission stattgefunden, und es soll die nach Maaßgabe der Beträge des Einkommens zusammengestellte Liste im Zeitraum

vom 13. bis 28. Januar a. c.

täglich, mit Ausschluß der Sonntage, in den gewöhnlichen Geschäftsstunden in unserm Secretariat offen ausgelegt werden.

Allen Betheiligten steht es frei, von der Liste Einsicht zu nehmen und ihre etwanigen Erinnerungen und Einwendungen gegen zu hohe oder zu niedrige Abschätzung, oder dagegen, daß sie vielleicht ganz übergangen worden, schriftlich bei uns zur nähern Erörterung und Entscheidung anzubringen. Nach Ablauf jener Frist würden Einwendungen und Reclamationen nicht mehr berücksichtigt werden können, vielmehr würden die Abtheilungslisten für die zu bildenden Wahlbezirke zusammengestellt und jeder nach Maaßgabe des eingeschätzten Einkommens der betreffenden Abtheilung zugewiesen werden.

Görlitz, den 8. Januar 1851. Der Magistrat.

[16] Nach einem Erlasse des Königlichen Consistoriums für die Provinz Schlesien vom 8/11. d. Mts. hat des Königs Majestät unter dem 2. d. M. zu befehlen geruht, daß, da auf den 18. d. M. das dritte funfzigjährige Jubiläum der Krönung und Salbung Sr. Majestät Friedrich I. fällt, dieser Tag feierlich und mit den Formen hoher Kirchenfeste, also namentlich mit Einläuten am Vorabende, mit Festgottesdienst und Tedeum, in allen Kirchen der Monarchie begangen werde. In Gemäßheit dieses Befehles wird der erwähnte Gottesdienst am 18. d. Mts. in vorgeschriebener Form in der hiesigen Haupt- und Pfarrkirche früh um acht Uhr stattfinden. Wir bringen dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Görlitz, den 13. Januar 1851. Der Magistrat.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.